



Umwelt – Im Kreis Rastatt soll PFC gelagert werden. Eine Bürgerinitiative wehrt sich. Schließlich gibt es von der gesundheitsschädlichen Chemikalie in Mittelbaden schon genug

VON ANIKA VON GREVE-DIERFELD

GAGGENAU. Stimmung im Gaggenauer Ortsteil Oberweier, aber keine gute. Kaum in dem Ort im Kreis Rastatt angekommen,

künden große Schilder vor vielen Wohnhäusern von großem Unmut. »Wir fordern Transparenz«, »Wir wollen leben und unsere Enkel auch«, »Kein PFC auf die Deponie Gaggenau-Oberweier« steht darauf, gern auch verziert mit einem Totenkopf.

PFC ist ein Reizwort in der Region. Die Abkürzung steht für per- und polyfluorierte Chemikalien, die gesundheitsschädlich und in der Natur kaum abbaubar sind. Ein Umweltskandal rund um diese Stoffe bewegt Mittelbaden seit Jahren. Und jetzt soll das Gift auch noch auf eine Deponie?

Vergangenes Jahr fiel bei Dietrich Knoerzer und seinem Mitstreiter Toni Böck der Groschen – so sehen sie es zumindest. Die beiden hatten an einer Veranstaltung in Gaggenau teilgenommen, bei der eine Machbarkeitsstudie zum Thema »Optimierung der Deponie Oberweier« vorgestellt wurde. »In Wirklichkeit geht es darum, tonnenweise PFC-belasteten Bodenaushub auf die Deponie zu bringen«, sagt Knoerzer, immer noch empört. Knoerzer und Böck gründeten die Bürgerinitiative »Stop Deponie Oberweier«. Sogar eine Demonstration gab es Anfang Mai mit immerhin rund 350 Menschen.

Bei PFC liegen die Nerven blank

Die Gemengelage ist kompliziert: Die Abfallwirtschaftsbetriebe Rastatt sind über die Vorwürfe der Bürgerinitiative mindestens ebenso verärgert wie die Bürgerinitiative über die Deponiepläne. Die Nerven liegen sowieso schnell blank, wenn es um PFC geht: In Mittelbaden soll ein Kompostunternehmer bis Ende 2008 PFC-verseuchten Kompost auf Felder in den Kreisen Baden-Baden und Rastatt ausgebracht haben. Betroffen sind über 1 000 Hektar Ackerland in Nord- und Mittelbaden; die Schadstoffe gelangten ins Grundwasser. Bis heute laufen Prozesse.

Wenn Erde anfällt, weil jemand ein Haus auf betroffenen Flächen baut, musste dieser belastete Aushub bisher quer durch die Republik gekarrt werden – in die neuen Bundesländer, nach Bayern oder Nordrhein-Westfalen, wo es geeignete Deponien gibt. »Wir wollen aber Abfall, der bei uns anfällt, auch bei uns entsorgen«, sagt ein Sprecher des Landratsamtes Rastatt.

Die Arbeit der Bürgerinitiative bezeichnet er als »professionelle Zerstörungspolitik«, gespickt mit haltlosen Behauptungen. Auch Regine Krug, beim Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Rastatt verantwortlich für die technische Leitung, ist sehr ungehalten: »Wir haben immer alles transparent gemacht«, sagt sie. »Da stinkt es mir schon, wenn Halbwahrheiten verbreitet werden.«

Aber hier die Fakten: Die Deponie »Hintere Dollert« soll erweitert werden. Rund 330 000 Tonnen an Abfällen aus der Papierindustrie liegen dort bereits, im Sickerwasser wurde PFC entdeckt. Das ist seit über zehn Jahren bekannt, seit der PFC-Skandal offenbar wurde. Eine Sickerwasseranlage sorgt laut Krug dafür, dass die PFC-Chemikalien, die sich mit dem Regenwasser vermischen, herausgefiltert werden und nicht ins Grundwasser gelangen. Es bleibt dann PFC-Konzentrat übrig – und kommt zurück auf die Deponie. Ein ewiger und gefährlicher Kreislauf und erster Kritikpunkt der Bürgerinitiative.

Zweiter Kritikpunkt: Auf dem Deponiegelände soll nun ein Extra-Abschnitt für PFC-haltigen Bodenaushub entstehen – wenn der Kreistag die Planungen absegnet. Das Landratsamt rechnet mit rund 30 000 Tonnen, die pro Jahr im Landkreis anfallen könnten. Der Platz würde reichen, um etwa 16 Jahre lang PFC-verseuchte Erde dort zu lagern.

»Erst muss saniert und dann entschieden werden, ob das überhaupt Deponie bleiben kann«, sagt Knoerzer. Das ist der dritte Kritikpunkt der Bürgerinitiative. Schließlich wisse man nicht genau, welche Art von Abfällen dort lagere. »Das wissen wir ganz genau«, kontert Krug. Immer wieder habe man an den verschiedensten Stellen gebohrt.

Die Bürgerinitiative bemängelt indes fehlende Transparenz. »Wir kriegen nur inhaltliche und formaljuristische Antworten«, sagt Knoerzer. »Man müsste sagen: Alle Fakten auf den Tisch.« Alle Fakten seien auf dem Tisch, betont das Landratsamt und bekommt diesbezüglich sogar Schützenhilfe vom Umweltschutzverband BUND. Die Gutachten, Machbarkeitsstudien et cetera seien im Netz einsehbar, heißt es von dort. Auch befürwortete der Verband grundsätzlich, dass belasteter Müll da entsorgt wird, wo er anfällt.

Das sieht eigentlich auch Knoerzer so: »Wenn in fairem Verfahren die Deponie in Oberweier als geeigneter Standort ausgedeutet wird, dann müssen wir das akzeptieren.« Der Kreistag entscheidet im Juli. Stimmt er zu, könnten ab 2026 die ersten Ladungen mit PFC-belasteter Erde auf die Deponie gekippt werden. (dpa)